



Das wird teuer!

Meschede, November/Dezember 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

leider gibt es begründeten Anlass, inhaltlich an meine letzte Kolumne von September/Okttober anzuknüpfen. Denn die derzeit in Berlin ablaufenden Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Regierung aus CDU/CSU und SPD lassen in wirtschaftlicher Hinsicht Schlimmes befürchten. Noch sind die Verhandlungen im Fluss – ich schreibe diese Kolumne am 15. November 2013 –, und ich möchte mich nicht in Spekulationen darüber ergehen, was die Koalitionäre schlussendlich vereinbaren werden. Aber die gesetzten Themen und die Art und Weise, in der sie verhandelt werden, zeigen bereits überdeutlich, wohin die Reise gehen wird.

Begonnen hat es, bevor es in der Sache überhaupt los ging, mit einer symbolpolitischen Entgleisung, indem sich CDU und SPD je einen weiteren Bundestags-Vizepräsidenten genehmigten, selbstverständlich in klarem Bewusstsein der damit verbundenen Mehrkosten. Begründen ließ sich das natürlich nicht mit der Arbeitsbelastung des ohnehin mit fünf Stellvertretern schon üppig besetzten Gremiums. Es war ein purer Akt der Selbstbedienung, mit dem die zukünftigen Koalitionäre ein Zeichen ihrer machtpolitischen Intentionen gesetzt haben.

Und es zeigt, wie weit der Verfall der politischen Sitten in unserem demokratischen System bereits gediehen ist. Aber wie soll Demokratie auch funktionieren, wenn die Groß-Koalitionäre sich auf etwa 80 % der Sitze im Parlament stützen können? Was bleibt unter solchen Bedingungen von einer Opposition, die die Regierung kontrollieren und korrigieren und als institutionelle Alternative zu deren Ablösung zur Verfügung stehen soll? Dann droht der verfassungsmäßig gewünschte Streit um die bessere Lösung im machtpolitischen Geschacher um Einfluss, Posten und öffentliche Aufmerksamkeit unterzugehen.

So erleben wir denn einen fragwürdigen Wettbewerb um Wahlgeschenke und Wohltaten, mit dem uns die Großkoalitionäre beglücken wollen, als ginge es um nichts anderes als um ein sozialpolitisches „Wünsch Dir was“. Die SPD will mit aller Gewalt einen flächendeckenden Mindestlohn von € 8,50 und ein Zurückdrehen der Rente mit 67 durchsetzen. Die CDU hat sich auf die Fahnen geschrieben, höhere Renten für Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, und Zuschüsse zu Minirenten von langfristig Versicherten zu verteilen. Für alle Vorhaben lassen sich bei Einzelbetrachtung durchaus Argumente finden. Was die Sache aber so fatal macht, ist, dass die Parteien offenbar dabei sind, sich in einem kollektiven Verteilungswahn wechselseitig zu überbieten, ohne Rücksicht auf langfristige Finanzierbarkeit, Verschuldung und zukünftiges Steueraufkommen. Es geht insgesamt um ein Volumen von rund 50 Milliarden Euro.

Parallel dazu läuft aktuell die Diskussion um die Rentenkassen und die Rentenbeiträge. Die bei der Rentenversicherung aufgelaufene Nachhaltigkeitsreserve hat einen Umfang erreicht, dass zum 01.01.2014 der Beitragssatz von 18,9 auf 18,3 % gesenkt werden muss. Das ist gesetzlich verpflichtend und liegt nicht im Belieben der Regierung! Aber unsere Politiker wären nicht unsere Politiker, wenn sie nicht in einer solchen Situation darüber nachdenken würden, ob und wie man durch ein Eilgesetz die gesetzlich vorgeschriebene Herabsetzung des Beitragssatzes aushebeln und die entstehende Verfügungsmasse für die angesprochenen rentenpolitischen Wohltaten nutzen kann.

Momentan wird die gesamte Finanzierungsproblematik überdeckt durch die üppig sprudelnden Steuerquellen. Bei langfristiger Betrachtung (es wird auch mal wieder Jahre geringeren Wirtschaftswachstums mit sinkenden Steuereinnahmen geben; die absehbare demographische Entwicklung lässt ohnehin Finanzierungslücken im Rentenversicherungssystem entstehen) werden jedoch wieder einmal die zusätzlichen Belastungen künftigen Generationen aufgebürdet, weil die Rücksichtnahme auf das wachsende Potenzial älterer Wählerstimmen das opportun erscheinen lässt. So etwas nennt man rechtlich einen Vertrag zulasten Dritter, eine Vereinbarung, die im Privatrecht unwirksam wäre.

Im Ergebnis begünstigt die linkspopulistische Sozialpolitik, zu der sich im Wettbewerb auch die CDU bequemt hat, das Entstehen verkrusteter Sozialstrukturen, unter denen sichtbarlich unser Nachbarland Frankreich leidet. Wollen wir wirklich dahin? Ich kann mir nicht vorstellen, dass die traurige, weil erfolglose Figur von Frankreichs Staatspräsident Hollande Frau Merkel als Vorbild dienen kann oder soll. Gerade rechtzeitig hat der Sachverständigenrat („die fünf Wirtschaftsweisen“) mahndend seine Stimme erhoben und die rückwärtsgewandten politischen Ideen der Großkoalitionäre heftig kritisiert. Hoffentlich werden sie gehört! Das Vertrauen darauf ist allerdings nicht allzu groß, weil vermutlich wieder einmal die Neigung zu paternalistischer Staatsfürsorge über die Ideen von Freiheit, Marktwirtschaft und Selbstverantwortung siegen wird, sehr zum Bedauern des Schreibers dieser Zeilen.

Trotzdem grüßt Sie herzlich Ihr